



Thema der Woche:

Weiter Aufschwung am Arbeitsmarkt der internationalen Finanz – und Bankenkrise zum Trotz

Ständig neue Hiobsbotschaften aus dem internationalen Bankensystem erschüttern die Glaubwürdigkeit des Finanzsektors. Bisher ist die deutsche Realwirtschaft stabil, die deutschen Unternehmen blicken optimistisch in die Zukunft – und vor Allem: die Arbeitslosigkeit sinkt weiter! Jeden Tag entstehen 1.400 neue Arbeitsplätze in Deutschland. Der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt hält damit unvermindert an: Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen im März um 617.000 auf nunmehr 3,507 Millionen gesunken. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um 610.000 auf 27,08 Millionen angestiegen, dabei entfällt mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen. Das Angebot an offenen Stellen nahm um 180.000 – das sind 20 Prozent – gegenüber dem Vorjahresmonat zu und ist damit auf 1,071 Millionen Stellen gestiegen. Auch die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl verläuft nach wie vor günstig. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren im Februar 2008 in Deutschland saisonbereinigt 40,02 Millionen Personen erwerbstätig. Im Vergleich mit dem Vormonat Januar 2008 ist die Zahl der Erwerbstätigen im Februar 2008 um 62.000 und damit höher gestiegen als in den letzten Jahren seit Februar 2000. Gegenüber dem Vorjahresmonat hat die Zahl der Erwerbstätigen um 532.000 Personen zugenommen.

Diese Zahlen zeigen eindrucklich: Massenarbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl von über 5 Millionen Anfang 2005 auf mittlerweile 3,5 Millionen verdeutlicht den Erfolg des wirtschaftspolitischen Kurses der unionsgeführten Bundesregierung. Der Aufschwung kann sich auf eine robuste Grundlage stützen. Trotz der strukturellen Umbrüche und der weiter voranschreitenden Globalisierung ist ein hoher Be-

schäftigungsstand möglich. In vielen Regionen Baden-Württembergs ist Vollbeschäftigung zum Greifen nah. Unser Wahlkreis gehört hier mit zur Spitze! Wir wollen das überall in Deutschland schaffen und werden deshalb Kurs halten.

Wir dürfen jedoch die aus der Finanzkrise, den Energie- und Rohstoffpreisen sowie den Wechselkursen resultierenden Gefahren nicht unterschätzen. Solange nämlich die Finanzkrise nicht überstanden ist, können negative Rückwirkungen auch auf unsere Wirtschaft nicht ausgeschlossen werden. Es ist deshalb umso wichtiger, dass wir nun unseren verlässlichen Kurs in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik halten. Nach der Reform der Unternehmensbesteuerung und der Rückführung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags muss nun die Agenda des Koalitionsvertrags weiter abgearbeitet werden. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben dabei eine mittelstandsfreundliche Reform der Erbschaftsteuer, der weitere Abbau bürokratischer Belastungen und die Durchforstung und Konzentration des über 80 Maßnahmen umfassenden arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums Priorität.

Wir werden unseren Konsolidierungskurs weiter fortsetzen. Daher werden wir eines unserer Kernanliegen und eine Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen nicht aus den Augen verlieren: die Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Wir dürfen mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Für milliardenschwere Ausgabenerhöhungen ist kein Geld vorhanden. Nur durch große Haushaltsdisziplin können wir unser Ziel erreichen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist auch in dieser Frage die verlässliche Säule in der Großen Koalition und unterstützt die Bundesregierung, auch gegen übermäßige Forderungen von Teilen der SPD-Linken.

Bessere Versorgung Contergangeschädigter

In erster Lesung debattierten wir in dieser Woche das Erste Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes, das mit dem entsprechenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD zusammengeführt werden soll. Die beiden Geschäftsführenden Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD haben auf ihrer letzten Klausurtagung beschlossen, dass die Renten der Contergan-Geschädigten zum 1. Juli 2008 verdoppelt werden.

Die heute rund 50-jährigen Contergan-Opfer leiden unter Spätfolgen ihrer Schädigung. Infolge jahrelanger Fehlbelastungen von Wirbelsäule und Gelenken treten Schmerzzustände und auch psychische Belastungen ein. Angesichts des Umfangs der Beeinträchtigungen, die weder durch Leistungen der Conterganstiftung noch der Sozialgesetze ausreichend abgefangen werden können (z.B. Haushaltshilfen, vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, Renteneinbußen), ist die Verdoppelung der monatlichen Renten angemessen.

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Schnelle Zugangsmöglichkeiten zum Internet sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes von grundlegender Bedeutung. Eine leistungsfähige Breitband-Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze. Derzeit verfügen in Deutschland knapp 45 Prozent aller Haushalte über einen Breitbandzugang.

Diese auch im internationalen Vergleich recht gute Zahl darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es erhebliche Versorgungsunterschiede in den Bundesländern zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen gibt. Die Breitbandversorgung in einigen Regionen Baden-Württembergs ist oft noch unterentwickelt – leider auch in meinem Wahlkreis.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Breitbandversorgung in ländlichen Räumen schnell verbessern“ fordern wir die Bundesregierung auf, schnelle Fortschritte bei der Flächenabdeckung der Breitbandver-

sorgung zu erzielen und hierfür die bisherigen Maßnahmen zu evaluieren, die unterschiedlichen Aktivitäten stärker zu bündeln und ein gemeinsames Konzept für alle beteiligten Akteure – Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Nutzer – zu erarbeiten.

Verbesserter Schutz vor medialer Gewalt

Das in dieser Woche in erster Lesung beratene Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes verbessert den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor medialen Gewaltdarstellungen, insbesondere vor gewaltbeherrschten Computerspielen.

Mit den vorgesehenen Änderungen soll sichergestellt werden, dass Trägermedien mit diesen Inhalten nicht an Kinder und Jugendliche abgegeben werden. So wird etwa der Katalog der schwer jugendgefährdenden Trägermedien, die kraft Gesetzes indiziert sind, im Hinblick auf Gewaltdarstellungen erweitert. Die Indizierungskriterien in Bezug auf mediale Gewaltdarstellungen werden erweitert und präzisiert.

Stärkung des geistigen Eigentums

Das in dieser Woche verabschiedete Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums wird die Stellung der Rechtsinhaber beim Kampf gegen Produktpiraterie und sonstige Schutzrechtsverletzungen stärken und damit ein Beitrag zum Schutz des geistigen Eigentums leisten. Der in seinen Rechten aus geistigem Eigentum verletzte Kläger kann zukünftig auch von Dritten, die nicht selbst Rechte verletzen (etwa Internet-Provider oder Spediteure), Auskünfte verlangen, um an die Hintermänner von Rechtsverletzungen heranzukommen.

Im parlamentarischen Verfahren hat die Union eine erhebliche Verbesserung des Schutzes des geistigen Eigentums im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzentwurf erreicht.

Zitat

„Die Rente mit 67 wird das Superwahljahr 2009 mit 16 Wahlen nicht überstehen.“
(Wettangebot von Sozialpolitiker Heinrich Kolb (FDP) an Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD))